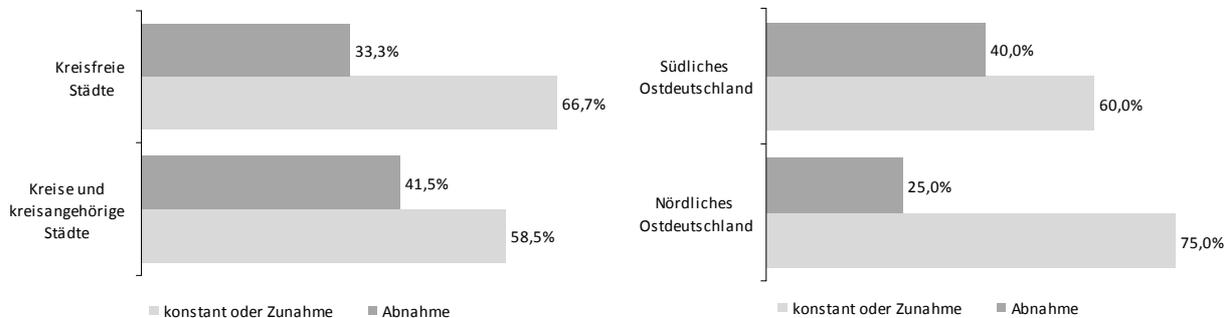


Standortorientierung von Unternehmen im Zeichen der Wirtschafts- und Finanzkrise

Entwicklung der Zahl der Anfragen von ansiedlungs- und erweiterungswilligen Unternehmen bei kommunalen Wirtschaftsfördereinrichtungen in den Neuen Bundesländern im ersten Halbjahr 2009 gegenüber 2008



IWH

Quelle: IWH-Erhebung zur kommunalen Wirtschaftsförderung 2009.

Die Effekte der derzeitigen Wirtschaftskrise auf die Städte und Kommunen weisen verschiedene Dimensionen auf. Neben dem Rückgang von Beschäftigung, Kaufkraft und Steuereinnahmen dürften die konjunkturellen Rahmenbedingungen auch Auswirkungen auf die Zahl der Ansiedlungen zusätzlicher Unternehmen sowie auf die Zahl der Erweiterungen bereits in einer Kommune präsenster Unternehmen haben. Es ist zu vermuten, dass in der Folge der Krise die Zahl der investitionswilligen Unternehmen zurückgeht und demgemäß auch weniger Anfragen bei den Kommunen nach geeigneten Ansiedlungsflächen zu verzeichnen sind.

Das IWH hat im Herbst 2009 erstmalig eine Umfrage unter den kommunalen Wirtschaftsfördereinrichtungen der Neuen Länder durchgeführt. Eine Frage zielte dabei auf die Entwicklung der Zahl der Anfragen ansiedlungs- oder erweiterungswilliger Unternehmen gegenüber dem Vorjahr 2008. Aus den Antworten lässt sich ableiten, wie viele Neuansiedlungen von Unternehmen an einzelnen Standorten zu erwarten sind, und somit auch, wie die Krise räumlich wirkt. Dabei ist zu beachten, dass im Jahr 2009 nicht erfolgte Anfragen und somit möglicherweise unterbliebene Ansiedlungen gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden können.

Der Befund macht deutlich, dass kein allgemeiner Einbruch bei der Zahl der Unternehmensanfragen zu verzeichnen ist. Von insgesamt 50 antwortenden Wirtschaftsfördereinrichtungen berichten immerhin 60% von einer konstanten oder sogar steigenden Zahl der Anfragen. 16% der Einrichtungen verzeichnen eine leichte, 24% eine starke Abnahme gegenüber dem Vorjahr.

Eine detailliertere Betrachtung deutet allerdings darauf hin, dass bestimmte Gruppen von Kommunen und einzelne Teilräume stärker als andere betroffen sind. So könnte sich die Tendenz einer Polarisation zwischen städtischen Agglomerationen und dem ländlichen Raum krisenbedingt verstärken: Die kreisfreien Städte in den Neuen Ländern verzeichnen in etwas geringerem Maße Rückgänge von Ansiedlungsanfragen als die Wirtschaftsfördereinrichtungen der Kreise sowie der kreisangehörigen Städte. Damit deutet sich an, dass die ostdeutschen Ballungsräume vergleichsweise wenig von möglichen Rückgängen bei Unternehmensansiedlungen betroffen sein werden. Eine weitere Differenzierung lässt sich zwischen den nördlichen und den südlichen Neuen Ländern ausmachen. Entgegen dem allgemeinen Trend scheint der Norden Ostdeutschlands, also die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin, eine günstigere Entwicklung aufzuweisen als die südlichen Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen: Nur jede vierte Wirtschaftsfördereinrichtung im Norden Ostdeutschlands berichtet von einem Rückgang der Anfragen ansiedlungs- oder erweiterungswilliger Unternehmen. Möglicherweise kommt hier auch die Tendenz zum Ausdruck, dass weniger exportabhängige Regionen in geringerem Maße von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen sind.

Martin T. W. Rosenfeld (Martin.Rosenfeld@iwh-halle.de)
Christoph Hornyeh (Christoph.Hornyeh@iwh-halle.de)